S 19 SF 140/19 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Sachgebiet

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie **Beschluss**

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette

1. Instanz

S 19 SF 140/19 E Aktenzeichen

03.06.2020 Datum

2. Instanz

L 2 AS 1213/20 B Aktenzeichen

08.12.2020 Datum

3. Instanz

Datum

Auf die Beschwerde der Beschwerdefļhrerin wird der Beschluss des Sozialgerichts KöIn vom 03.06.2020 abgeändert und der an die Beschwerdeführerin im Wege der Prozesskostenhilfevergütung aus der Staatskasse insgesamt zu entrichtende Betrag auf 589,05 EUR festgesetzt. Im Ã\(\text{D}\)brigen wird die Beschwerde zurückgewiesen. Kosten sind nicht zu erstatten.

GrÃ1/4nde:

1

Zwischen den Beteiligten ist die HĶhe der aus der Staatskasse zu erstattenden Vergütung streitig.

Gegenstand des zugrunde liegenden Hauptsacheverfahrens vor dem Sozialgericht KöIn (SG) war die Erstattung höherer Kosten im Widerspruchsverfahren. Mit Kostenfestsetzungsbescheid vom 26.05.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.07.2017 setzte der Beklagte des Hauptsacheverfahrens die zu erstattenden Kosten fýr ein Widerspruchsverfahren der insgesamt vier KlĤger auf 249,90 EUR fest. Die KlĤger waren in diesem

Widerspruchsverfahren durch die BeschwerdefA¼hrerin vertreten. Am 16.08.2017 erhoben die KlĤger, vertreten durch die Beschwerdefļhrerin, Klage. Mit Beschluss vom 25.09.2017 bewilligte das SG den Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)ern ratenfreie Prozesskostenhilfe und ordnete die BeschwerdefA¼hrerin bei. Am 06.11.2018 wurde der Beschwerdeführerin antragsgemäÃ∏ ein Prozesskostenhilfevorschuss in Höhe von 362,95 EUR brutto ausgezahlt. Mit Urteil ohne mündliche Verhandlung vom 27.11.2018 verurteilte das SG den Beklagten unter Abänderung der entgegenstehenden Bescheide, den KlÄxgern insgesamt 476,00 EUR als Kosten des Widerspruchsverfahrens zu erstatten und wies die Klage im ̸brigen ab. Der Beklagte trage die au̸ergerichtlichen Kosten der Kläger zu 1/2. Auf den Kostenfestsetzungsantrag fýr das Vorverfahren erstattete der Beklagte den KIägern antragsgemäÃ∏ 238,00 EUR (Geschäftsgebühr Nr. 2302 Vergütungsverzeichnis (VV) Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) einschlieA lich GebA hrenerhA hung gem. Nr. 1008 VV RVG um 90 % wegen vier Auftraggebern 380,00 EUR; Auslagenpauschale Nr. 7002 VV RVG 20,00 EUR; Abzug vom Netto (50 %) -200,00 EUR zzgl.19 % Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 38,00 EUR).

Am 25.04.2019 hat die Beschwerdeführerin die Festsetzung der Vergütung aus der Staatskasse wie folgt beantragt:

Verfahrensgebühr Nr. 3102 VV RVG einschlieÃ□lich Gebührenerhöhung gem. Nr. 1008 VV RVG um 90 % wegen vier Auftraggebern 380,00 EUR Terminsgebühr Nr. 3106 VV RVG 180,00 EUR Auslagenpauschale Nr. 7002 VV RVG 20,00 EUR Abzug vom Netto â□□ Vorschuss PKH â□□ 305,00 EUR 19 % Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 52,25 EUR Summe = 327,25 EUR

Eine Anrechnung der Kosten des Vorverfahrens sei nicht vorgenommen worden. Die Kostenquote belaufe sich auf 1/2, eine Anrechnung nach $\frac{\hat{A}\S 15a \ Abs. \ 1 \ RVG}{100}$ sei noch nicht geboten.

Am 10.05.2019 hat die Urkundsbeamtin der GeschĤftsstelle die noch zu zahlende Vergļtung auf 119,00 EUR festgesetzt. Sie hat auf die Verfahrensgebühr nach Nr. 3102 VV RVG i.V.m. Nr. 1008 VV RVG i.H.v. 380,00 EUR unter Berufung auf die anwaltliche Vertretung bereits im Vorverfahren und eine dadurch entstandene GeschĤftsgebühr nach VV 2302 VV RVG i.V.m. Nr. 1008 VV RVG (380,00 EUR) einen Betrag i.H.v. 175,00 EUR nach Vorbemerkung 3 (4) VV RVG angerechnet. In der Begründung des Beschlusses hat sie sich im Wesentlichen auf die Rechtsprechung des LSG NRW, Beschlüsse vom 01.02.2017 zu L 19 AS 1408/16 B und vom 12.10.2018 zu L 19 AS 814/18 B berufen.

Am 16.05.2019 hat die Beschwerdeführerin bei dem SG Erinnerung eingelegt und sich gegen die Anrechnung der Geschäftsgebühr i.H.v. 175,00 EUR auf die Verfahrensgebühr gewandt. Grundsätzlich finde nach Vorbemerkung zum Teil 3 Abs. 4 VV RVG eine Anrechnung der entstandenen Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr statt, allerdings sei auch die Regelung des § 15a Abs. 1 RVG

zu berücksichtigen. Der Rechtsanwalt könne von seinem Auftraggeber beide Gebühren fordern, wenn das RVG die Anrechnung einer Gebühr auf einer anderen Gebühr vorsehe, jedoch nicht mehr als den um den Anrechnungsbetrag verminderten Gesamtbetrag beider Gebühren. Der Gesamtbetrag von Verfahrensund Geschäftsgebühr belaufe sich auf 380,00 EUR x 2 = 760,00 EUR. Vermindert um den Anrechnungsbetrag i.H.v. 175,00 EUR begrenze sich der von dem Anwalt zu fordernde Betrag auf 585,00 EUR. Vorliegend werde im Rahmen der PKH-Abrechnung ein Betrag in Höhe von 380,00 EUR verlangt, von dem Beklagten angesichts der Kostenquote im Rahmen dieses Verfahrens 190,00 EUR. Es ergebe sich ein Gesamtbetrag in Höhe von 570,00 EUR. Damit sei der Gesamtbetrag der Gebühren, die der Anwalt fordern könne, nicht überschritten. Es werde faktisch nicht mehr an Honorar geltend gemacht als sich aus der Summe der Geschäftsgebühr und der Verfahrensgebühr nach Abzug des anzurechnenden Betrages ergebe.

Die Urkundsbeamtin der Geschä¤ftsstelle hat der Erinnerung nicht abgeholfen. Mit Beschluss vom 03.06.2020 hat das SG die Erinnerung zurĽckgewiesen. In der Begrľndung hat es sich den Ausfļhrungen der Urkundsbeamtin der Geschä¤ftsstelle und der Rechtsprechung des 19. Senat des LSG NRW im Beschluss vom 08.01.2020 zum Aktenzeichen L 19 AS 773/19 B (abrufbar bei juris) angeschlossen. Die Kostennote der Erinnerungsfļhrerin zeige, dass sie gegenļber ihren Auftraggebern als Geschä¤ftsgebļhr gem. Nr. 2302 VV RVG zzgl. der GebļhrenerhĶhung gem. Nr. 1008 VV RVG einen Betrag von 380,00 Euro geltend gemacht habe. Dies sei entscheidend. Nicht entscheidend sei hingegen, dass die Auftraggeber gegen das Jobcenter einen Kostenerstattungsanspruch nur im Umfang der hĤlftigen Kosten gehabt hĤtten.

Gegen den ihr am 15.06.2020 zugestellten Beschluss hat die Beschwerdeführerin am 17.06.2020 Beschwerde eingelegt. Sie verfolgt ihr Begehren weiter. Sie trägt vor, die Tätigkeit im Widerspruchsverfahren sei auf Basis von Beratungshilfe des Amtsgerichts L erfolgt. Die Bewilligung von Beratungshilfe bewirke, dass die Beschwerdeführerin als Beratungsperson gegen den Rechtsuchenden keinen Anspruch mit Ausnahme der Beratungshilfegebühr geltend machen könne. Den Auftraggebern gegenüber sei dementsprechend nie eine Geschäftsgebühr geltend gemacht worden. Nur im Rahmen der Kostenfestsetzung fþr das Vorverfahren gegen den Beklagten sei von einer Geschäftsgebühr von 380,00 EUR ausgegangen worden. Ferner vertrete auch der 6. Senat des LSG NRW (Beschluss vom 26.03.2020, Az. L 6 AS 789/19 B) die Auffassung, dass nur eine Anrechnung der tatsächlich gezahlten Gebühren in Betracht komme und auch nur dann, wenn der Rechtsanwalt mehr als die vollen Rechtsanwaltsgebühren erhalte, also die Grenze des § 15a RVG überschritten werde.

Das SG hat der Beschwerde nicht abgeholfen.

II. \tilde{A} ber die Beschwerde entscheidet der Senat in der Besetzung mit drei Berufsrichtern gem \tilde{A} $\tilde{$

Rechtssache grundsÄxtzliche Bedeutung hat.

Die Beschwerde ist zulÄxssig und teilweise begrļndet.

1. Die Beschwerde ist zuläxssig.

Die Beschwerde ist statthaft. Nach \hat{A} § \hat{A} § 56 Abs. 2 S. 1, 33 Abs. 3 S. 1 und 2 RVG findet die Beschwerde gegen eine Entscheidung \hat{A} ½ber eine Erinnerung u.a. statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,00 EUR \hat{A} ½bersteigt. Der Wert der geltend gemachten Beschwer betr \hat{A} xgt vorliegend 208,25 EUR. Die Beschwerdefrist von zwei Wochen (\hat{A} § \hat{A} § 56 Abs. 2 S. 1, 33 Abs. 3 S. 3 RVG) ist gewahrt. Das Sozialgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen (\hat{A} § 33 Abs. 4 S. 1 RVG).

2. Die Beschwerde ist teilweise begrýndet.

Die Beschwerdefļhrerin hat einen Anspruch auf höhere Vergütung aus der Staatskasse als vom Urkundsbeamten festgesetzt.

a) Nach den Vorschriften der \hat{A} § \hat{A} § 3 und 14 Abs. 1 Satz 2 RVG bestimmt der Rechtsanwalt die Rahmengeb \hat{A} ½hr im Einzelfall unter Ber \hat{A} ½cksichtigung aller Umst \hat{A} ¤nde, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen T \hat{A} ¤tigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und Verm \hat{A} ¶gensverh \hat{A} ¤ltnisse des Auftraggebers nach billigem Ermessen. Wenn die Geb \hat{A} ½hr von einem Dritten zu erstatten ist, so ist die von dem Rechtsanwalt getroffene Bestimmung nach \hat{A} § 14 Abs. 1 Satz 4 RVG nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist.

Unstreitig handelt es sich bei der von der Beschwerdeführerin geltend gemachten Verfahrensgebühr nach Nr. 3102 VV RVG i.H.v. 200,00 EUR (zzgl. der Gebührenerhöhung um 90 % wegen vier Auftraggebern i.H.v. 180,00 EUR, insgesamt 380,00 EUR) um eine billige Gebühr i.S.v. <u>§ 14 Abs. 1 RVG</u>.

- b) Entgegen der Auffassung des Sozialgerichts und der Beschwerdegegners ist vorliegend die durch den Beklagten â anteilig â erstattete Gesch Äxftsgeb ý hr (hier wegen der Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG 1/2 von 380,00 EUR, davon wegen der Kostenquote 1/2: 85,00 EUR) auf die Verfahrensgeb ü hr anzurechnen, nicht der gesetzlich allgemein vorgesehene Hö chstbetrag von 175,00 EUR. Die Beschwerde hatte insoweit Erfolg. Entgegen der Auffassung der Erinnerungsfü hrerin kann hingegen nach dem eindeutigen Wortlaut der Norm eine Anrechnung nicht gà xnzlich unterbleiben.
- aa) GemäÃ□ Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG, die auch im Prozesskostenhilferecht Anwendung findet, wird, soweit wegen desselben Gegenstandes eine Geschäftsgebühr nach Teil 2 entsteht, diese Gebühr zur Hälfte, bei Wertgebühren jedoch höchstens mit einem Gebührensatz von 0,75 auf die Verfahrensgebühr des gerichtlichen Verfahrens angerechnet. Bei Betragsrahmengebühren beträgt der Anrechnungsbetrag höchstens 175,- EUR.

Sind mehrere Gebühren entstanden, ist für die Anrechnung die zuletzt entstandene Gebühr maÃ∏gebend. Bei einer Betragsrahmengebühr ist nicht zu berücksichtigen, dass der Umfang der Tätigkeit im gerichtlichen Verfahren infolge der vorangegangenen Tätigkeit geringer ist. Bei einer wertabhängigen Gebühr erfolgt die Anrechnung nach dem Wert des Gegenstandes, der auch Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens ist.

- bb) Die Voraussetzungen der Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG liegen für die im sozialrechtlichen Verfahren anwendbaren Betragsrahmengebühren dem Grunde nach vor. Auf die Verfahrensgebühr ist die für die Vertretung durch die Beschwerdeführerin in derselben Angelegenheit im Vorverfahren angefallene Geschäftsgebühr nach Nr. 2302 VV RVG i.V.m. Nr. 1008 VV RVG zu 1/2 anzurechnen.
- (1) Vorliegend ist eine Geschäftsgebühr nach Nr. 2302 VV RVG i.V.m. Nr. 1008 VV RVG fþr das Betreiben des Widerspruchsverfahrens i.H.v. 380,00 EUR entstanden, die nach Vorbem. 3 Abs. 4 S. 1 VV RVG auf die Verfahrensgebühr nach Nr. 3102 VV RVG anrechenbar ist. Aufgrund des Urteils des SG vom 27.11.2018 ist der Beklagte u.a. verpflichtet, den Klägern die Hälfte der Aufwendungen für das Betreiben des Widerspruchsverfahrens zu erstatten. Die Kläger, vertreten durch die Beschwerdeführerin, haben den Vergütungsanspruch der Beschwerdeführerin für das Betreiben des Widerspruchsverfahrens einschlieÃ□lich der vorgenannten Geschäftsgebühr auf insgesamt 476,00 EUR beziffert. Hierauf hat der Beklagte entsprechend der Kostennote einen Betrag i.H.v. 238,00 EUR gezahlt.
- (2) Auf die umstrittene Frage, ob im Kostenfestsetzungsverfahren nach <u>§Â§ 55</u>, <u>56</u> RVG fÃ¹/₄r die Berechnung der Höhe des Anrechnungsbetrages nach Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG auf die entstandene GebA1/4hr (so LSG NRW, Beschluss vom 01.02.2017 â∏∏ <u>L 19 AS 1408/16 B</u>, juris Rn. 38, Beschluss vom 30.04.2018 â∏∏ <u>L 9</u> AL 223/16 B, juris Rn. 37 m.w.N., und Beschluss vom 08.01.2020 â∏ L 19 AS 773/19 B, juris Rn. 24 ff.) oder die tatsAxchlich gezahlte GebA¼hr (so LSG NRW, Beschluss vom 04.05.2020 â∏∏ <u>L 21 AS 145/19 B</u>, juris Rn. 17, und Beschluss vom 26.03.2020, L 6 AS 789/19 B (nicht verĶffentlicht); LSG Bayern, Beschluss vom 22.05.2019 â∏∏ <u>L 12 SF 282/14 E</u>, juris Rn. 28; LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 10.12.2018 $\hat{a} \square \square \underline{L 7 AS 4/17 B}$, juris Rn. 24; LSG Th $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ringen, Beschluss vom 01.11.2018 â∏ L 1 SF 1358/17 B, juris Rn. 15; LSG Sachsen, Beschluss vom 26.07.2017 â∏ L 8 AS 640/15 B KO, juris Rn. 22) abzustellen ist, kommt es im vorliegenden Fall nicht an. Denn den Klägern ist Beratungshilfe bewilligt worden, so dass auch nach der erstgenannten Auffassung wegen des Vorrangs der Gebührenvorschriften der Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz (BerHG) nur eine Anrechnung der tatsĤchlich gezahlten Gebühr in Betracht kommt. Hierzu hat der 19. Senat des Landessozialgerichts NRW im Beschluss vom 08.01.2020 ausgefA¹/₄hrt: "Soweit sich der Beschwerdeführer darauf beruft, dass die Rechtsprechung des Senats zur Konsequenz habe, dass in bestimmten Konstellationen bei Bewilligung von Beratungshilfe ein Rechtsanwalt das Widerspruchsverfahren ohne Kostenerstattung und damit pro bono betreibe, ist in der Rechtsprechung geklÄxrt, dass im Fall der

Bewilligung von Beratungshilfe die Gebührenvorschriften der Beratungshilfe Vorrang genie̸en und nach § 9 Satz 3 BerHG der in § 9 Satz 1 BerHG bestimmte Anspruchübergang nicht zum Nachteil eines bedürftigen Beteiligten geltend gemacht wird. Würde der auf den Prozessbevollmächtigten eines Beteiligten übergegangene materiell-rechtliche Kostenerstattungsanspruch im Wege der Anrechnung auf die Verfahrensgebühr berücksichtigt, läge hierin eine dem bedürftigen Beteiligten nachteilige "Geltendmachung" (vgl. KG Berlin, Beschluss vom 08.11.2010 â∏∏ 19 WF 183/10.m.w.N.; OLG Rostock, Beschluss vom 08.04.2010 -10 WF 181/09 m.w.N.)." (so LSG NRW, Beschluss vom 08.01.2020 â∏∏ L 19 AS 773/19 B, juris Rn. 35). In der Konsequenz heià t dies, dass in dem Fall, in dem Beratungshilfe bewilligt worden ist, eine "fiktive" GeschAxftsgebA¼hr nicht anzurechnen ist, weil gem. § 8 Abs. 2 BerHG die Bewilligung von Beratungshilfe bewirkt, dass die Beratungsperson gegen den Rechtsuchenden keinen Anspruch auf Vergütung mit Ausnahme der Beratungshilfegebühr (§ 44 Satz 2 RVG) geltend machen kann. Die GeschĤftsgebļhr nach Nr. 2302 VV RVG ist deshalb im InnenverhAxitnis zwischen den KlAxgern und der BeschwerdefA¼hrerin gar nicht entstanden. Vielmehr ist in diesem Fall nur auf die tatsĤchlich von dem Beklagten gezahlte Gebühr abzustellen, denn der Rechtsanwalt kann die "restliche" Gebühr nicht von seinem Auftraggeber erstattet verlangen.

cc) Es errechnet sich damit folgender Gebührenanspruch der Beschwerdeführerin:

Verfahrensgebühr Nr. 3102 VV RVG 200,00 EUR Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV RVG wegen 4 Auftraggebern 180,00 EUR Anrechnung nach Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG -85,00 EUR Terminsgebühr Nr. 3106 VV RVG 180,00 EUR Pauschale für Post und Telekomm. Nr. 7002 VV RVG 20,00 EUR Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 94,05 EUR Gesamtbetrag 589,05 EUR

Abz \tilde{A}^{1}_{4} glich der bereits ausgezahlten Geb \tilde{A}^{1}_{4} hren von 362,95 EUR und 119,00 EUR verbleibt ein noch zu zahlender Geb \tilde{A}^{1}_{4} hrenanspruch in H \tilde{A}^{0} he von 107,10 EUR.

Das Verfahren ist gebührenfrei (<u>§ 56 Abs. 2 S. 2 RVG</u>).

Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht erstattungsf \tilde{A} ×hig (\hat{A} § 56 Abs. 2 S. 3 RVG).

Dieser Beschluss ist nicht mit der Beschwerde an das Bundessozialgericht anfechtbar (<u>§Â§ 56 Abs. 2 S. 1, 33 Abs. 4 S. 3 RVG</u>).

Erstellt am: 29.12.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024

